

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Flüchtlinge in Ergenzingen

Bewusster Boykott oder „nur“ Verwaltungsversagen?

Seit Wochen verbreiten interessierte Kreise Meldungen wie „Wir schaffen das nicht“, „Die Stimmung kippt“ und die „Grenze der Belastbarkeit ist erreicht“. Formulierungen wie „Das Boot ist voll“, hört man nicht mehr so oft. Diese ist doch manchen zu zynisch in Anbetracht der vielen Menschen, die im Mittelmeer ertrunken sind. Dabei müsste die Frage lauten:

WOLLEN wir das schaffen oder nicht ?

Manche sind überrascht über die große Zahl der Flüchtlinge, obwohl das angesichts der vielen Toten im Massengrab Mittelmeer (ca. 20.000 seit dem Jahr 2000), der Überfüllung in Lampedusa und der Zuspitzung der Nahost-Kriege absehbar war. Lange hat die Regierung die Augen fest verschlossen vor den Millionen Flüchtlingen in den Lagern in der Türkei, im Libanon und in Jordanien und fleißig weiter Kriegswaffen exportiert.

Ungebrochenes Engagement

Genauso überrascht sind viele Politiker, dass die Sympathie und das riesige Engagement in der deutschen Bevölke-

rung trotz täglicher Horrormeldungen unverändert ist. In Ergenzingen kamen vor fünf Wochen faktisch über Nacht 650 Flüchtlinge in der Dräxlmaier-Halle unter. Innerhalb weniger Stunden haben Helfer vom DRK, THW, Johanniter und viele Ehrenamtliche 560 Notbetten aufgebaut, Nahrung und Dolmetscher organisiert. So zum Beispiel der Afghane Edris Joya, der vor fünf Jahren selbst nach Deutschland floh, Persisch, Darisch und Paschtu spricht und in Rottenburg eine Ausbildung zum Mediengestalter macht. Die Ochsenbrauerei Digeser lieferte für Hunderte Flüchtlinge Mineralwasser und Saft.

Diese Hilfsbereitschaft dauert bis heute an. Die Ehrenamtlichen kommen sogar aus umliegenden Gemeinden und kümmern sich um Kleiderkammer, Hygiene, Bedienung der Waschmaschine, haben eine Kinderbetreuung eingerichtet. Mittwochs kommt das Spielmobil. Sehr viele Ärzte behandeln ehrenamtlich die Flüchtlinge und widerlegen

damit rechtsextreme Hetze, die Flüchtlinge würden ansteckende Krankheiten einschleppen. Da für Flüchtlinge das Handy die wichtigste Verbindung zur Familie zu Hause ist, haben Pressesprecher Gross und Stephanie Lindemann (THW) eine Ladestation für Handys entwickelt, an der 16 Apparate gleichzeitig aufgeladen werden können.



Wieso versagt die Verwaltung?

Dieses Engagement steht im krassen Widerspruch zur Unfähigkeit oder Schlamperei von Seiten der Verwaltung, so dass sich mancher fragt, ob diese gewollt ist, um die Stimmung zum Kippen zu bringen. Beim Besuch von Klaus Tappeser und Annette Widmann-Mauz (beide CDU) und Martin Rosemann (SPD) beklagten alle „die mangelhafte Abstimmung“ zwischen der zentralen Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) in Karlsruhe, dem Nürnberger Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF, verantwortlich Innenminister Thomas de Maizière, CDU) und der Landeskoordinierungsstelle in Stuttgart. Auslöser für >

- Lesen Sie weiter:**
- Auf dem „freien Wohnungsmarkt“ herrscht Wilder Westen Seite 2**
 - S 21 - fünf Jahre Schwarzer Donnerstag Seite 3**
 - Die wahren Vernichtungswaffen Seite 5**
 - Viele Hebammen bangen um ihre Existenzgrundlage Seite 6**
 - Von Drohnen und Atombomben Seite 7**

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

die nächtliche Einquartierung in Ergenzingen war die willkürliche Entscheidung des Münchner Innenministeriums, wegen des Oktoberfestes 600 Flüchtlinge in den Zug nach Esslingen zu setzen. Hinzu kamen 300 Personen aus der völlig überfüllten Karlsruher Erstaufnahme, die die Menschen nicht einmal medizinisch untersucht, geschweige registriert hatte. Ohne Registrierung erhalten die Flüchtlinge auch keinen Sprachkurs, ihre Integration wird verschleppt. Doch bis heute hat das BAMF 420 Stellen unbesetzt und zieht Personal aus Mannheim ab!



Viel Ärger gab es in Ergenzingen mit der Verpflegung durch U.D.O. (Universitätsklinikum Dienstleistungsorganisation), der Großküche auch fürs Uni-Klinikum, da sieben Mal wöchentlich nur Suppe mit oder ohne Kartoffeln - "der Einfachheit halber völlig ohne Fleisch" - auf dem Speiseplan stand, Fruchtsaft wurde durch Tee ersetzt, die Reinigung des Speisesaals misslang völlig. Inzwischen wird das Catering von Albfood in Haigerloch betrieben, eine Kantine wird genauso eingebaut wie Container für Verwaltung und ärztliche Versorgung. Klos, Duschen und Küche werden ins Innere der Unterkunft verlegt.

Die Stadt hat alle Pläne für einen winterfesten Standort in der Schub-

lade, erhält aber vom Regierungspräsidium keine endgültige Auskunft über einen Ausbau. Während das Landratsamt unbürokratisch neue Stellen (Sozialarbeiter, Hausmeister, Security) geschaffen hat, Rottenburg neben weiteren Stellen (plus 15 Prozent) die Plätze in Sprachkursen von 100 auf 300 aufgestockt und einen VW-Bus für den Kindertransport in Kitas gekauft hat, zierte sich Finanzminister Nils Schmid monatelang, den Städte die Kosten in vollem Umfang zu erstatten anstelle einer unzureichenden Pauschale.

Personal einstellen statt Ehrenamtliche überfordern

Seit Monaten fordert **DIE LINKE** die Einrichtung weiterer Erstaufnahmestellen, um Karlsruhe und Meßstetten (aktuell 3.000 statt 1.000 Personen) zu entlasten. Tübingens „grüner“ OB Palmer blockiert eine LEA, weil er auf dem möglichen Gelände in 10 Jahren vielleicht Wohnungen für Gutsituierte bauen lassen will. Bis heute ist unklar, wie es mit der Behelfsmäßigen Erstaufnahme in Ergenzingen weitergehen soll, so Martin Frank vom RP.

Wie sollen die Städte bei dieser chaotischen Kommunikation zwischen den vielen Ebenen der Verwaltung finanziell und personell vernünftig planen? Die Leidtragenden dieser Misswirtschaft sind nicht nur Flüchtlinge, sondern auch viele Ehrenamtliche, die „verheizt“ werden, weil monatelang nötiges Geld wegen Finanzminister Schäubles „schwarzer Null“ nicht ankommt. Auch dies ist eine Folge der

rigorosen Stellenkürzungen der letzten Jahre im Öffentlichen Dienst. „Einige Kommunen beginnen inzwischen, Pensionäre auf 450-Euro-Basis wieder zu beschäftigen, verweigern aber Teilzeitkräften Aufstockungen ihrer Arbeitszeit und stellen nach wie vor sachgrundlos befristet ein.“ beklagt die Gewerkschaft Ver.di und fordert jetzt dringend mehr Stellen für Aufnahme, Versorgung und Integration von Flüchtlingen, indem mehr Kräfte ausgebildet und diese nach der Ausbildung unbefristet übernommen werden. Allein das BAMF brauche 6.000 weitere Stellen, die Jobcenter 2.000 für Arbeitsförderung und Arbeitsvermittlung. Ich habe OB Neher aufgefordert, sich beim Kultusministerium für Sprachkursgruppen mit höchstens 15 Kindern einzusetzen.

Die Haushaltsplanungen werden zeigen, ob die „Willkommenskultur“ nur eine wohlfeile Sprechblase zu Wahlkampfzwecken ist oder ob ein Umdenken in der Umverteilungspolitik der letzten 15 Jahre einsetzt!



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat
Kreisrat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Hier die Kontaktadresse für HelferInnen:
fluechtlingshilfe@drk-ergenzingen.de
und die E-Mail-Adresse der Stadt Rottenburg:
willkommenskultur@rottenburg.de

Von LBBW zu Patrizia zu Deutsche Annington zu Vonovia zu ... Auf dem „freien Wohnungsmarkt“ herrscht Wilder Westen

Am 22. September hat Rottenburgs Gemeinderat den Einstieg in den preiswerten Mietwohnungsbau gewagt, nachdem CDU und Verwaltung jahrelang nur Einfamilienhäuschen subventioniert hatten. Aber der Druck von 300 Personen mit Wohnberechtigungsschein, von Alleinerziehenden und Studierenden, die seit Jahren keine preiswerte Wohnung finden, wurde zu groß.

Jetzt wurde ein Teil des DHL-Geländes, das seit fünf Jahren für eine große Gewerbeansiedlung brach lag, zum Mischgebiet „umgewidmet“, so dass hier ca. 150 Wohnungen für etwa 500-700 Personen entstehen sollen, so OB Neher. Da auf dem Gelände schon zwei Wohnheime für 250 Flüchtlinge bestehen, wurde eine weitere Flüchtlingsunterkunft für die sogenannte Anschlussunterbringung für ca. 90 Personen auf

dem Hammerwasen beschlossen. Sie kostet 2,1 Mio. Euro und soll im Herbst 2016 fertig werden.

All das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Mieten drastisch steigen und die Presse täglich über die Wohnungsnot sowie das Versagen der Politik in diesem Bereich berichtet. Nicht die Flüchtlinge verursachen die aktuelle Wohnraumnot, sondern die Tatsache, dass die Zahl der Sozialwohnungen in >

den letzten 15 Jahren bundesweit von vier auf 1,5 Mio. gesunken ist. Kein Wunder, dass die Zahl der Wohnungslosen im Land um 9,4 Prozent auf 11.300 (Herbst 2013) gestiegen ist. Dagegen demonstrierten kürzlich 200 Personen in Tübingen unter der Losung „Keine Rendite mit der Miete!“

Mit hektischem Flügelschlagen für mehr Wohnungsbau versucht die SPD, ihre Verantwortung für den Verkauf von 21.500 LBBW-Wohnungen (Landesbank Baden-Württemberg) für 1,4 Mrd. Euro an den Privatinvestor Patrizia statt an ein kommunales Bietkonsortium zu verschleiern. Kürzlich wurden diese Wohnungen – 550 davon in Tübingen – mit einem Gewinn von 500 Mio. Euro an die Deutsche Annington weiterverkauft. Beide Male zahlen die Mieter mit Mieterhöhungen und verschleppter Renovierung die Zeche. Jetzt will der DAX-Konzern Vonovia, entstanden aus Deutsche Annington und GAGFAH, durch eine „feindliche Übernahme“ von Deutsches

Wohnen in Höhe von 14 Mrd. Euro zum Immobiliengiganten aufsteigen, indem er dann 510.000 Wohnungen besitzt und mit seiner Marktmacht die Mieten diktieren kann.

VONOVIA

Der „freie Wohnungsmarkt“ entpuppt sich als Wilder Westen, bei dem das Menschenrecht auf Wohnen auf der Strecke bleibt und Nils Schmid (SPD) weiterhin auf diese Investoren setzt!

Die Fördermittel des Landes reichen jährlich für 700 Wohnungen, der Städtetag verlangt aktuell eine Erhöhung der Fördermittel auf 100 Mio. Euro. Die Grünen träumen weiter von göttlichen Eingebungen zur Beseitigung der Wohnraumnot.

Dagegen fordert Thomas Keck vom Mieterbund Reutlingen-Tübingen, dass die Kommunen nach dem Vorbild von Ludwigsburg aktiv in den Wohnungs-

bau einsteigen. Dort kauft die Stadt alles Bauland und verkauft es nur unter der Auflage, dass 30 Prozent Sozialwohnungen mit einer Belegungsbindung von 40 Jahren entstehen.

DIE LINKE in Rottenburg setzt sich dafür ein, dass das gesamte DHL-Gelände zum neuen Wohngebiet umgewandelt wird, weil sich die Zeiten seit dem Kauf des Geländes 2009 drastisch verändert haben. Ihre Anfrage vom 7. Juli zum preiswerten Mietwohnungsbau hat die Verwaltung bis heute nicht beantwortet!

In der Haushaltsdebatte wird DIE LINKE dafür eintreten, dass die Stadt Rückstellungen für kommunalen Mietwohnungsbau bildet und es hohe Sozialbindungen bei allen Neubauten gibt, auf die die Stadt Einfluss hat.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Stuttgart 21 – fünf Jahre Schwarzer Donnerstag Brutaler Polizeieinsatz im Stuttgarter Schlossgarten

Wir erinnern hier an die unglaublichen Vorfälle des 30. September 2010, der als Schwarzer Donnerstag in die Geschichte einging und sich kürzlich zum fünften Mal jährte. Doch was war an diesem Tag geschehen?

Im Stuttgarter Schlossgarten waren zahlreiche Menschen versammelt, um gegen Baumfällungen zu demonstrieren, die im Rahmen des Wahnsinnprojekts Stuttgart 21 durchgeführt wurden. Neben Demonstranten befanden sich dort auch zufällig eine Schulklasse sowie völlig unbeteiligte Bürger.

Die Polizei ging mit brutaler Gewalt vor. Sie setzte Wasserwerfer mit Pfefferspray ein und zielte mit scharfem Strahl auf die Köpfe in der Menschenmenge. Die Folge waren Hunderte von Augenverletzten. Das Bild des verletzten Rentners Dietrich Wagner ging um die Welt. Er wurde so schwer an den Augen verletzt, dass er nahezu erblindete. Die Schulkinder wurden mit Pfefferspray traktiert, obwohl dessen Einsatz gegen Jugendliche unter 18 Jahren strengstens verboten ist.

Die Frage ist, wer für diesen Einsatz verantwortlich ist. Vermutet wird, dass der damalige Ministerpräsident Stefan Mappus (CDU) seine Hände mit im Spiel hatte. Aber wie fast immer in solchen Fällen lässt sich seine Beteiligung zumindest nicht nachweisen. Bis



heute fanden zahlreiche Prozesse in dieser Angelegenheit statt. Viele Polizisten saßen auf der Anklagebank, aber nur wenige wurden verurteilt. Zu einer Geldstrafe verurteilt wurde jedoch der damalige Stuttgarter Polizeipräsident Stumpf, der sich zur fraglichen Zeit im Schlossgarten aufhielt, ohne in das Geschehen einzugreifen. Er gilt jetzt als vorbestraft. Aber grundsätzlich will niemand für den Wasserwerfereinsatz die Verantwortung tragen.

Den Opfern hilft das bislang nur wenig und bisher ist es zu keinen Schadensersatzzahlungen gekommen. Besonders

tragisch ist das für Menschen wie Dietrich Wagner, dessen Sehvermögen für immer stark beeinträchtigt sein wird. Doch kürzlich tauchte ein bis dahin zurückgehaltenes Video auf, das vielleicht Licht in das Dunkel bringen kann und minutiös das Geschehen dokumentiert. Darin ist auch der Sprechfunk der Polizei aufgezeichnet, z. B. wie Anweisungen erteilt werden, den Schulkindern Pfefferspray in die Augen zu reiben. Dieses Video wurde ausgerechnet von der Polizei aufgenommen.

Die Vorgänge des Schwarzen Donnerstag sind also noch lange nicht aufgearbeitet und werden sich wohl auch so schnell nicht restlos klären lassen. Viele Straftaten sind zum 30.09. dieses Jahres verjährt und können deshalb nicht mehr verfolgt werden.

Deshalb gilt auch weiterhin für uns:

OBEN BLEIBEN!

Gastbeitrag von Jürgen Hückstädt
Rottenburg

Freie Wahl des Ortes einer Geburt wird eingeeengt

Viele Hebammen bangen um ihre Existenzgrundlage

Gut besucht war der Dokumentarfilm „Einsame Geburt – Hebammen in Not“ im Rottenburger Kino „Waldhorn“. Unter den jungen Frauen, teilweise mit ihren Kleinkindern, waren viele Patientinnen der Rottenburger Hebammenpraxis Susanne Locher. Die Männer konnte man an einer Hand abzählen.

Seit vielen Monaten kämpfen Hebammen um ihre Existenz (wir berichteten), weil die Haftpflichtversicherung die Beiträge drastisch von 453 Euro (2002) auf 6.300 Euro im Jahr erhöht hat. Diese Versicherung ist Bedingung dafür, dass freiberufliche Hebammen ihre Tätigkeit ausüben dürfen. Eine Petition an Bundesgesundheitsminister Gröhe im letzten Jahr unterstützen über 350.000 Menschen, denn Hebammen leisten nicht nur Geburtshilfe. Vor der Geburt betreuen sie die Schwangeren ausführlich in der Praxis oder zu Hause und beraten und behandeln sie bei Beschwerden. Ihre Geburtsbetreuung dauert im Durchschnitt elf Stunden.

Während des gesamten Wochenbettes und der ganzen Stillzeit stehen sie den Müttern mit Rat und Tat zur Seite und entlasten damit sowohl die Praxen von Frauenärzten wie auch die Krankenhäuser, aus denen sie in der Regel nach zwei bis vier Tagen entlassen werden. Deshalb sind Hebammen kein Luxus für Frauen, die auf Halbhöhenlagen wohnen, sondern wesentlicher Teil einer umfassenden medizinischen Versorgung von Müttern und Familien.

Für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit erhalten Hebammen einen durchschnittlichen Nettostundenlohn von 8,50 Euro! Da in den letzten Jahren immer mehr Krankenhäuser geschlossen haben, sind Hebammen durch ihre Wohnortnähe eine große Erleichterung für die Schwangeren. Und selbst bei einer Klinik in der Nähe müssen lange Wartezeiten mit nur kurzer Behandlungsdauer in Kauf genommen werden – der persönliche Kontakt mit ausführlichem Gespräch spielt gerade bei einer ersten Schwangerschaft eine entscheidende Rolle.



Susanne Locher

Susanne Locher von der Rottenburger Hebammenpraxis, einer Praxismgemeinschaft von vier Hebammen, berichtete im Waldhorn vom Schiedsspruch zwischen

Vertretern der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) und dem Hebammenverband. Danach sollen Hebammen mit mehr als vier Geburten im Jahr einen Sicherungszuschlag von 1.000 Euro pro Quartal erhalten. Abgesehen davon, dass die Auslegung dieses Schiedsspruchs noch unklar ist, bedeutet er vor allem für Hebammen auf dem flachen Land das berufliche Aus und für werdende Mütter beschwerliche, lange Autofahrten. Außer-

dem muss jede Schwangere, wenn sie drei Tage über dem errechneten Entbindungstermin ist, einen Arzt aufsuchen. Dies kann für Frauen, die ausschließlich Hebammenbetreuung wünschen, problematisch werden, wie die Tübinger Hebamme Bärbel Abele kritisierte. **Kein Wunder,**



Foto: N.Kern

dass bei all diesen Risiken bereits zehn Hebammen im Raum Rottenburg-Herrenberg aufgehört haben und dieses Jahr in Tübingen kein Ausbildungskurs zustande kommt.

Im Kern geht es nicht nur um den Beruf der Hebammen, sondern um das Recht der freien Wahl des Ortes einer Geburt durch die Schwangeren. Beratung, Geburtshilfe und Nachbetreuung sind eine gesellschaftliche Aufgabe, die von den Krankenhäusern nicht mehr in vollem Umfang geleistet werden können.

Deshalb muss ein öffentlich finanzierter Haftungsfonds eingerichtet werden, anstatt den Schwangeren und den Hebammen dieses Risiko aufzubürden. Wie wäre es, wenn sich die Gesundheitsstaatssekretärin und Vorsitzende der Frauen-Union Annette Widmann-Mauz (CDU) endlich dafür einsetzte?

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

TTIP & CETA STOPPEN! – Für einen gerechten Welthandel!



Am 10. Oktober sind in Berlin etwa 250.000 Menschen auf die Straße gegangen. Die Teilnehmer/innen der Demonstration waren aus allen Teilen des Landes angereist. Sie demonstrierten für die Demokratie und einen gerechten Welthandel. Die gemeinsame Forderung lautet, die Verhandlungen mit den USA für TTIP zu stoppen und das mit Kanada verhandelte CETA nicht zu ratifizieren. **Es war die größte Demonstration seit über 10 Jahren in Deutschland. Nie zuvor sind in Europa mehr Menschen zu diesem Thema auf die Straße gegangen.** Die Zahl der Teilnehmerinnen und Teilnehmer übertraf die Erwartungen der Veranstalter deutlich.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

„Smartphone-Hype und Tablet-PCs, WLAN Hot Spots und Mobil-Funkmasten – (nur) ein Gesundheitsrisiko?“ (III)

Ein Gastbeitrag von Ulla Joergensen

- Fortsetzung der Beiträge vom Juli und September 2015 - redaktionell gekürzt.

Auf Einladung des AKs Elektromog Tübingen/Rottenburg hielt Peter Hensinger, Stuttgart, am 22.06.2015 Bürgerheims in Tübingen einen Vortrag. Er ist Vorstandsmitglied der Umwelt- und Verbraucherorganisation Diagnose Funk e.V.

Der Leiter der Hamburger Jugendpsychiatrie Schulte-Markwart schreibt in seinem Buch *Burn-out Kids*: „Das hohe Tempo im Netz und der massive Druck Gleichaltriger, nicht auszusteigen, erhöhen die Geschwindigkeit des Laufbands, auf dem sich unsere Kinder bewegen- bis sie nicht mehr können.“

Der Psychiater und Medientherapeut Bert te Wildt bezeichnet in seinem Buch *„Digitale Junkies“* das Smartphone als Suchtmittel und Einstiegsdroge. Bewusst eingebaute Belohnungsmechanismen fesselten an die Geräte, schalteten die Selbstkontrolle aus. FOMO, *Fear of Missing Out* würde dieses neue Krankheitsbild genannt. Nachdem Hensinger den durch die mobilen digitalen Medien verursachten psycho-sozialen Stress dargestellt hatte: Überwachung, Konditionierung für den Konsum, Multitasking, Überforderung des kindlichen Gehirns, Sucht und die eigentliche ökonomische Ursache, nämlich den Daten- und Absatzhunger der Industrie, ging er noch auf weitere Auswirkungen von mentalem Stress ein. ... Dieser oxidative Stress und die Beeinträchtigung der Mitochondrien entsprechen dem als Burn-Out bezeichneten Krankheitsbild. Das könne entzündliche Prozesse, Erschöpfung, Kopfschmerzen, Schlafstörungen, Herzinfarkt und DNA-Schädigungen auslösen.

Zu denselben Wirkungen in den Zellen führe auch die nicht-ionisierende Strahlung des Mobilfunks. Burn-Out entstehe aus dem Zusammenspiel verschiedener Einflüsse. Toxische Umwelteinflüsse wie Elektromagnetische Felder (EMF) spielten zusätzlich eine Rolle. Warum?. Das natürliche elektromagnetische Spektrum, so wie es sich evolutionäre entwickelt habe, hätte die Entstehung von Tieren, Menschen und Pflanzen und deren Zellen entwickelt. Elektromagnetische Felder hätten

beim Menschen hinsichtlich der Zell-, Gehirn- und Herzaktionsströme also eine lebensentscheidende Bedeutung.

Bei Tieren üben sie wichtige Funktionen in der Orientierung aus, v.a. bei Bienen, Vögeln und Fischen. Damit zählten diese zu den natürlichen Lebensgrundlagen. In den Frequenzen, in denen heute der Mobilfunk „funke“, sei vorher auf der Erde fast keine Umgebungsstrahlung gewesen.

Durch die flächendeckende Nutzung der Mobilfunk-Kommunikation sei heute jeder Mensch und die gesamte Umwelt einer völlig neuen Art von künstlich erzeugter Strahlung ausgesetzt, deren Stärke millionenfach über der natürlichen liege. Mit einem Teil gerade dieser Frequenzen steuern sich unsere Zellabläufe, fände die Zellkommunikation statt.

Digitale Endgeräte wie Handys, Smartphonee, Tablets, Schnurlostelefone und WiFi-Spiele seien in den letzten 20 Jahren zum schon immer bestehenden Alltags- und Arbeitsstress als neue Stresskomponenten hinzu gekommen. Ihre gepulste Mikrowellenstrahlung bewirke ebenso und zusätzlich wie der psychische Druck Zellstress durch freie Radikale und die Absenkung der ATP-Produktion.

Der 2013 von Dr. Ulrich Warnke und von Peter Hensinger veröffentlichte Forschungsbericht „Steigende ‚Burn-out‘-Inzidenz durch technisch erzeugte magnetische und elektromagnetische Felder des Mobil- und Kommunikationsfunks“ weist auf gesundheits-schädliche Wechselwirkungen hin. Genauere Details sind dort nachzulesen. ...Die heutige Generation der



Fot. N. Kern

Kinder wachse laut Hensinger in einer Elektromog-Wolke auf.

Auffällig sei dabei, dass Burn-Out, ADHS und andere psychische Krankheiten bei Jugendlichen und Erwachsenen seit 15 Jahren stark zunehmen würden- also parallel zum Vormarsch der Mobilfunktechnologie.

Die „Krebsagentur“ IARC (International Agency for Research on Cancer) der Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat 2011 die nicht-ionisierende Strahlung als möglicherweise krebserregend eingestuft. Die Europäische Umweltagentur widmete ihr 2013 im zweiten Band des Umweltberichtes „Späte Lehren aus frühen Warnungen“ ein eigenes Kapitel.

Vor allem Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene müssten vor einem „Strahlengewitter“ geschützt werden. WLAN und Online-Lernen in Klassenzimmern sollte sehr kritisch betrachtet und hinterfragt werden bzw. könne aufgrund der vorliegenden Studien und Aussagen namhafter Wissenschaftler als unverantwortlich und kontraproduktiv bezeichnet werden. Es halte sich der Mythos, die digitalen Medien würden zu (besseren) Lernerfolgen führen.

Vom deutschen Ministerium für Wissenschaft und Forschung der Europäischen Union und der Deutschen Telekom wurde eine große Studie gefördert „Schulen ans Netz. 1000 mal 1000: Notebooks im Schulranzen“. Im Abschlussbericht heißt es: „Insgesamt kann die Studie somit keinen eindeutigen Beleg dafür liefern, dass die Arbeit mit Notebooks sich grundsätzlich in verbesserten Leistungen und Kompetenzen sowie förderlichem Lernverhalten von Schülern niederschlägt.“

Der Einsatz digitaler Medien in Schule, Universität und im Beruf allgemein ist ein „weites Feld“. Geht es der IT-Industrie wirklich nur um eine bessere Bildung/Ausbildung junger Menschen oder doch eher um die Kunden der Gegenwart und der Zukunft?!

Der Standpunkt der Umwelt- und Verbraucherorganisation *diagnose FUNK* ist eindeutig:

Kein WLAN in den Klassenzimmern! Ökonomische Verwertbarkeit darf Bildung nicht dominieren!

„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“

Kleinwaffen aus Oberndorf - die wahren Massenvernichtungswaffen

Von Rottenburg nach Oberndorf am Neckar sind es nur 45 Straßenkilometer.

Die A 81 schlängelt sich beim Ausflug durch liebliche Landschaften, bei der Ausfahrt Alpirsbach - Rosenfeld fährt der Besucher, gesäumt von lauschigen Schwarzwaldtannen, wieder hinab ins Neckartal und sieht sehr bald auf die Waffenschmiede von Heckler und Koch (H&K), die heute rund 700 Beschäftigte zählt und einen Umsatz von rund 200 Mio. Euro erwirtschaftet. Aber solche Zahlen sind natürlich streng geheim.

Die Firma produziert seit Jahrzehnten u.a. das heute umstrittene Sturmgewehr der Bundeswehr G 36 und machte dieses zum Exportschlager in nahezu alle Krisenregionen der Welt. H & K beliefert in ca. 90 Staaten ihre Waffen, und stattet fast alle Streitkräfte der NATO damit aus. Von dem Sturmgewehr G 3 sind allein bis 2003 7 Millionen Stück



hergestellt worden. Der Bürger stelle sich dabei nur einmal in Gedanken vor, dass mit diesen Waffen (statistisch gesehen) „nur“ jeder zehnte „Feind“ getötet oder körperlich zu Schaden gekommen wäre... **„Der Tod ist ein Meister aus Deutschland“**, heißt es in einem berühmten Gedicht von Paul Celan. Man darf, man muss daran erinnern.

Vielleicht ist in diesem Zusammenhang auch erwähnenswert, dass der Grafiker und Videokünstler Alexander Lehmann schon vor Jahren vorschlug, man solle Deutschlands Waffenfabrik in Anlehnung an die Atomkatastrophe von Tschernobyl mit einem Sarkophag aus Sand und Blei zuschütten, damit aus dem Gebäudekomplex am Neckar keine „tödlichen Produkte“ mehr entweichen sollten. Lehmann sprach von 1,5 Millionen Menschen, die durch Heckler & Koch und seine „Kleinfeuer-

waffen“ zu Schaden gekommen sind. Kurz und gut: H & K ist nicht nur wegen der im Sommer von Ursula von der Leyen (im Volksmund auch zärtlich *Flinten-Urschi* genannt) beklagten Mängel am Standardgewehr der Bundeswehr in aller Munde. Sie vermisste vor Monaten am G 36 die Zielgenauigkeit der Waffe, was im Klartext ja nur heißen kann: Die Waffenbrüder und -schwestern kritisieren die mangelnde Tötungs- oder Verletzungsrate der Waffe. In einem Gegengutachten jubeln dieser Tage indessen Bundeswehrsoldaten über das Gewehr: Nein, nein, die Waffe sei ganz toll und fege alles weg, was vors Zielfernrohr kommt. **Was stimmt denn nun Frau „Doktor“ und wie hätten wir's denn gern, Frau „Verteidigungsministerin“?**



Gegen die Waffenschmiede wird auch durch die Staatsanwaltschaft in Stuttgart seit 2010 wegen des Verdachts illegaler Waffenexporte (insbesondere nach Mexiko) ermittelt – bislang allerdings ohne greifbares Ergebnis. Das ARD-Fernsehen hat in diesem Zusammenhang in zwei bemerkenswerten Filmen und Dokumentationen (23.9.) das Thema des deutschen Waffenexports aufgegriffen.

In einem SWR-Hörfunk-Feature (23.9.) besuchten die Redakteure Kai Laufen und Alexander Drechsel den kleinen Ort Oberndorf, der seit dem 19. Jahrhundert als Waffenfabrik und regionaler Arbeitgeber für viele Familien von großer Bedeutung ist. Bürgermeister und Geschäftsführung von Heckler & Koch lassen sich zu keinen Interviews herab, man fürchtet die Medien in dieser Kleinstadt und eine mögliche Rufschädigung. Schriftlich lässt der OB etwas über die „Kaufkraftbindung“ aus und beklagt die „Leerstände“ gewisser Immobilien in der Stadt. Zum Thema des größten Arbeitgebers in der Stadt ist nichts zu hören. Darüber sprechen

dann - verhalten und merklich verdruckst - dabei immer in Deckung gehend ehemalige Arbeiter und Techniker aus der Fabrik und ein Autohändler. Ein Bekenntnis lautet ganz lapidar: „Wir leben vom Krieg, vom Töten allemal“ und etwas differenzierter ist zu hören: „Wenn Sie die Menschen auf der Straße fragen, dann werden viele Ihnen lapidar antworten: Wenn wir es nicht machen, dann machen es die anderen. Das ist dieses ganz, ganz banale und einfache Argument, das aber natürlich aus meiner Sicht einen hohen Wahrheitsgehalt hat, das ist tatsächlich so.“ Beeindruckend war freilich der Einblick in die Oberndorfer Biografie eines gewissen Marco Pfister, der Heckler & Koch tatsächlich nach vielen Jahren tatsächlich aus Gewissensgründen verlassen hat und ganz bewusst noch den Beruf des Gärtners erlernte, „Schwerter zu Pflugscharen“, bemerkte er trocken.

Wer heute den gigantischen Zustrom an Flüchtlingen beklagt, der sollte sich klarmachen, dass die Waffenproduktion und der Waffenexport der Bundesrepublik absolut ursächlich im Zusammenhang mit dem Exodus der Kriegsoffer zu sehen ist. Deutsche Ingenieurskunst ist maßgeblich am Tod und dem Elend von Hunderttausenden von Kriegsflüchtlingen beteiligt. Oberndorf und wir alle ernten jetzt, was aus menschenverachtender Profitgier über Jahrzehnte gesät wurde.

Celan hatte recht, aber auch Wolfgang Borchert als er schrieb:

„Du Mann an der Maschine und Mann in der Werkstatt. Wenn sie dir morgen befehlen, du sollst keine Wasserrohre und keine Kochtöpfe mehr machen – sondern Stahlhelme und Maschinengewehre, dann gibt es nur eins: Sag NEIN!“



Dr. Christian Hörburger
Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg - Obernau

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Von Drohnen und Atombomben

Deutschland rüstet auf und Deutschland lässt sich aufrüsten

Die Beschaffung von Drohnen scheint beschlossene Sache. Noch ist man sich nicht im Klaren, wer liefern soll: entweder eine israelische Rüstungsfirma oder eine amerikanische. Sicher sein darf man aber bei beiden Lieferanten, dass die Waffen zielsicher töten können. Sprach man lange Zeit von Drohnen zur Beobachtung, ist inzwischen klar, dass die Beobachtungsdrohnen zu Kampfdrohnen „ertüchtigt“ werden können. Eine weitere Stufe der Rüstungseskalation wird angegangen.

Im November 2013 habe ich geschrieben: „Natürlich kann man die angeblichen Vorteile der Kampfdrohnen anführen, darf aber nicht vergessen, dass diese Waffen ein perfides Werkzeug zur Tötung von Menschen sind und die Kriegführung grundsätzlich „entmenslichen“ werden. Irreführend ist die oft angeführte Behauptung, der im Schichtdienst vom Bürostuhl aus eine Drohne steuernde Pilot sei ebenso psychisch betroffen, wie der im Flugzeug fliegende Pilot. Sein Leben ist nicht direkt in Gefahr. Er kann sich in Sicherheit wähnen.

Er wird keine Witwe und keine Waisen hinterlassen. Wer ist der Feind? Das



ist nur eine Frage der Definition. - Wo ist der Feind? Per Handy-Ortung kein Problem! Wie töten? Per unbemannter, ferngesteuerter Drohne eine leicht zu lösende Aufgabe. Unbemerkt, geheim, unkontrolliert und für den Täter risikolos und folgenlos. **Der Anti-Terrorkrieg wird so leicht zum Krieg mit den Mitteln des Terrors.**“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Die Forderung eine gesellschaftliche Diskussion über die ethischen, völkerrechtlichen und rüstungskontrolltechnischen Fragen der Einführung eines solchen Systems zu führen, wurde nicht zur Kenntnis genommen. **Inzwischen wurde bekannt, dass die US-Air-Base in Ramstein (Rheinland-Pfalz) eine Schlüsselfunktion im globalen Drohnenkrieg der USA spielt.** Hier sind sog. Bildauswerter tätig, die den Kommandeuren bei der Definition der Ziele zuarbeiten. Verdächtiges Verhalten genügt, um zum Ziel zu werden.

Unterstützt werden Drohnenpiloten durch deutsche Geheimdienste, die durch die Weitergabe von Mobilfunkdaten die Ziele auffinden lassen. Dass es sich dabei nicht nur um Vermutungen handelt, wird durch die Aussage eines ehemaligen Auswerters von Informationen der Drohnensensoren, **Brandon Bryant, im NSA-Untersuchungsausschusses** des Bundestages in Berlin kürzlich bestätigt.

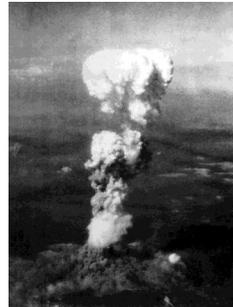
Die Bundesrepublik zeigt sich nicht Willens ihre tragende Rolle bei völkerrechtswidrigen Militäroperationen im Drohnenkrieg der USA zu hinterfragen. Sie macht nichts gegen die Nutzung von Ramstein bei Drohneinsätzen und wird damit zum Mittäterin.

Anfang August 2015 wurde an den 70. Jahrestags der Atombombenabwürfe über Hiroshima und Nagasaki am 6. und 9. August 1945 gedacht. Oft war von Mahnung an die Welt die Rede und es wurde an die über 200 000 Toten erinnert. Es sollen weltweit immer noch etwa 15 000 Atomwaffen gelagert sein, ein Potenzial, das ausreicht mehrfach die Menschheit auszulöschen.

Auch auf deutschem Territorium lagern noch etwa 20 Atomwaffen unter Kontrolle amerikanischer Soldaten. Jetzt wurde bekannt, dass das Waffenarsenal durch hochmoderne Atomwaffen ersetzt werden soll. Das Programm heißt „Lebensdauererweiterungsprogramm“. Das „Leben“ der Atomwaffen soll verlängert werden, um das Leben der Menschen zu verkürzen. Darauf muss man erst mal kommen!

Modernisiert werden sollen die auf dem Fliegerhorst Büchel gelagerten Waffen. An diesem Standort der deutschen Luftwaffe werden Jagdbomberpiloten auf Tornados für den Einsatz mit Atombomben ausgebildet. Kurz: deutsche Piloten fliegen mit deutschen Flugzeugen amerikanische Atombomben ins Ziel. Das nennt sich Nukleare Teilhabe und ist Teil der Abschreckungstaktik der NATO. Ist Deutschland „kontrollierte“ Atommacht oder Befehlsempfänger im Atomkrieg. **Weder politisch noch faktisch steht der Abzug von Atomwaffen aus Deutsch-**

land zu Debatte. Als treuer Bündnispartner gilt: „Solange Kernwaffen als Instrument der Abschreckung im strategischen Konzept der Nato eine Rolle spielen, hat Deutschland ein Interesse daran, an den Diskussionen und Planungsprozessen teilzunehmen. Das wäre durch eine Politik der einseitigen Schritte gefährdet.“ (Auswärtiges Amt)



„Es wird zwar gesagt, dass in all den Jahrzehnten des Kalten Krieges nukleare Abschreckung einen Atomkrieg zwischen den Weltmächten verhindert habe, aber diese Abschreckungspolitik hat der Welt auch einen genuinen Frieden vorenthalten und sie dem anhaltenden Risiko einer nuklearen Katastrophe ausgesetzt. Dazu kommt, dass seit dem Ende des Kalten Krieges enorme Summen in die Modernisierung der Atomwaffen gesteckt werden. Dieses Geld könnte viel besser verwendet werden, Not und Elend zu verhindern, die Situation von Menschen in Krisengebieten zu verbessern und somit eine Politik zu betreiben, die Frieden in Gerechtigkeit ermöglicht. Denn „während man riesige Summen für die Herstellung tödlicher Waffen ausgibt, kann man nicht genügend Hilfsmittel bereitstellen zur Bekämpfung all des Elends in der heutigen Welt“ (pax christi-Präsident Bischof Heinz Josef Algermissen, Fulda)

Warum habe ich mir eine neue Überschrift zu diesem Beitrag einfallen lassen? Ich hätte die des Artikels von Dr. Christian Hörburger übernehmen können: **Der Tod ist ein Meister aus Deutschland.** - Traurigerweise muss ich auch den Schluss des Artikels vom November 2013 unverändert übernehmen:

Der Aufrüstungsspirale wird eine Tötungsspirale folgen. Und wieder wird eine Chance vertan sein:

Frieden schaffen ohne Waffen!



Norbert Kern
Wendelsheim

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Mit Flüchtlingen kocht man kein Süppchen!

Seien wir ihnen trotzdem dankbar!

Entschuldigen Sie bitte. - Die Überschrift ist etwas missverständlich. Sie soll aber nur ausdrücken, dass ein Sachverhalt zum eigenen Vorteil genutzt wird. Der Sachverhalt ist hier die Not von Flüchtlingen und aus deren Not schlägt man kein Kapital.

Wir sollten nicht so tun, also ob der Strom von Flüchtlingen so über Nacht über uns hereingebrochen ist. Den Weg von Afghanistan, von Eritrea, von Syrien ... schafft man nicht an einem Tag. Seit wann ist Krieg in Syrien? Seit wann gibt es überfüllte Flüchtlingslager im Libanon, in Jordanien und der Türkei? Wer hätte sehen wollen, der hätte sehen können, dass die Zustände Menschen zur Flucht treiben werden. War nicht das Abkommen von Dublin schon in weiter Voraussicht formuliert worden, um Flüchtlinge aus Deutschland fernzuhalten?

Zu lange hat man gehofft, dass nicht viele Flüchtlinge den Mut und die Kraft aufbringen werden, über das Mittelmeer - mit viel Glück - nach Europa zu gelangen und den langen, beschwerlichen Landweg zu ihren Fluchtzielen zu beschreiten.

Missfiel nicht an dieser grenzenlosen EU, schon lange vor dem Strom von

Flüchtlingen, dass man ungehindert und vor allem unkontrolliert die Grenzen überschreiten konnte?

Jetzt hat man einen Grund, die Grenzen dicht zu machen, Grenzzäune zu errichten um sich ungestört, wohlig in seiner „Heimat“ - seinem „Vaterland“ - zu räkeln. „Europa den Europäern“ oder nach besser: „Deutschland den Deutschen!“ Woher kommt eigentlich der Anspruch, diesen Teil der Erde alleine bewohnen zu dürfen?

Mit welchem vorgeschobenen Argumenten werden jetzt wieder längst beigelegt geglaubte Konflikte herausgekratzt? Keine Mindestlohn für Flüchtlinge! Versäumnisse der Vergangenheit werden jetzt neu verpackt, damit man ihnen nicht ansieht, dass sie längst hätten gelöst werden müssen und man kläglich versagt hat. Wir brauchen Wohnungen, wir brauchen Sozialen Wohnungsbau! Wir brauchen Kitas! Wir brauchen Schulen! Jetzt erst, weil die Flüchtlinge gekommen sind?

Wie ernst ist die Sorge des bayrischen Ministerpräsidenten um sein Land zu nehmen? Oder geht es ihm nur darum,

Opposition zur Kanzlerin formulieren zu können. Wird nicht hinter den „Sorgen der Bürger“ wegen der Flüchtlinge - nicht um die Flüchtlinge - eine Fundamentalopposition versteckt? Wird hier nicht eine Haltung über-tüncht, die mit Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu bezeichnen ist und mit der Feststellung weitergeführt wird: „Man wird doch wohl noch sagen dürfen, ...“ Oder: „Es darf keine Denkerverbote geben!“



Mit den Flüchtlingen lässt sich trefflich von den hausgemachten Problemen ablenken und ihnen die Schuld an sämtlichen Misereen zuschieben. Zu Sündenböcken sollten wir sie nicht machen. Oder brauchen wir einfach Ziele für Neid, Hass und Hetze?

Es scheint so, als ob die Flüchtlinge den Teppich ein wenig wegziehen, unter den wir viel gekehrt haben. Seien wir ihnen dankbar, dass wir durch sie daran erinnert werden.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Montag, 9. November 2015, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad
Samstag, 28. November 2015, 10.00 - 12.00 Uhr

Kommunaler Arbeitskreis DIE LINKE Rottenburg
Mittwoch, 2. Dezember 2015, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Info-Stand DIE LINKE Rottenburg auf dem Metzelpfad
Samstag, 30. Januar 2016, 10.00 - 12.00 Uhr

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe: Montag, 23. November 2015

Weitere Veranstaltungstermine finden Sie in der Tagespresse und entnehmen Sie bitte unserer Homepage:

www.die-linke-rottenburg.de

DIE LINKE.
Neues aus dem Neckartal



Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter
Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg
Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern, 72108 Rottenburg - Wendelsheim
Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49